

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1900

27.1.1900 (No. 21)

Badischer Beobachter.

Samstags-Beilage:

Das illustrierte achtsseitige Unterhaltungsblatt
„Sterne und Blumen“.

Telephon-Anschluß-Nr. 535.

Angaben: Die sechspaltige Beilage
oder deren Raum 12 Pfg.,
Reklamen 25 Pfg. Bei öfterer
Wiederholung entsprechender Rabatt.
Inserate nehmen außer der Expedi-
tion alle Annoncen-Bureau an.

Redaktion und Expedition:
Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe.

Ercheint täglich mit Ausnahme
Sonn- und Feiertags und folgt
in Karlsruhe in's Haus gebracht
vierteljährlich 2 M. 60 Pfg.,
monatlich 55 Pfg., wenn in
der Expedition oder in den Agen-
turen abgeholt, durch die Post
bezogen vierteljährlich 3 M.
25 Pfg., mit Bestellgeld 3 M. 65 Pfg.
Bestellungen werden jederzeit
entgegengenommen.

Post-Beitungs-Liste 807.

Nr. 21.

Samstag, den 27. Januar

1900.

A Deutsch-Afrika in der Budget-Kommission des Reichstages.

Eines unserer kolonialen Schmerzenskinder ist die Nambara-Eisenbahn in Deutsch-Ostafrika. Diese Bahn ist, wie man ja weiß, vom Reich übernommen worden, weil sie sich aus eigenen Kräften nicht halten konnte. Sie ist, wie man später erfahren hat, übernommen worden, obwohl die Kenner der Verhältnisse recht gut wußten, daß die Bahn schlecht angelegt und ebenso schlecht ausgeführt worden war.

Am Mittwoch hatte diese Nambara-Bahn vor den kritischen Augen der Budgetkommission des Reichstages eine Probe zu bestehen, wobei der Einnahmestellen des Staats von 85,400 M. aus dem Betriebe der genannten Eisenbahn Veranlassung bot. Die Ergebnisse dieser kritischen Musterung sind gar nicht günstig, umsoweniger, als man für absehbare Zeit keine Hoffnung hegen kann auf das Aufblühen des Staates und der Staates-Ausfuhr, die gerade die finanzielle Grundlage für diese Eisenbahn abgeben sollten. Abg. Müller-Julda vom Centrum nannte darum mit vollem Rechte den Erwerb der Nambara-Bahn einen „gründlichen Mißfall“; auch sei ja gar nicht auf Besserung der Verhältnisse zu hoffen, denn die Nachrichten über den ostafrikanischen Staatesbau lauten sehr ungünstig. Hätte der Reichstag früher diese Verhältnisse in ihrer ganzen Umfassung gekannt, dann würde er sicherlich keine Einwilligung gegeben haben zu dem Ankauf des verfallenen Unternehmens. Während eines ganzen Jahres hat der ganze Frachtwert der Bahn landabwärts nur 630 Centner betragen, woraus man am allerbesten ersieht, daß die Ausfuhr von Staates außerordentlich gering gewesen sein muß. Und wie Abg. Müller die Sache beurteilt, äußerten sich in der Budgetkommission auch der Abg. Freys von der freisinnigen Vereinigung und Abg. Dr. Müller-Sagan von der freisinnigen Volkspartei.

Über diesen ostafrikanischen Mißfall haben die Vertreter des Ankaufs jener Bahn durch das Reich keinen leichten Stand. Das zeigte sich auch am heutigen Mittwoch in der Budgetkommission: der konservative Abg. Graf Stolberg gab die Rentabilität der Bahn überhaupt preis und meinte, man habe doch von Anfang an gewußt, daß sie keine Erträge abwerfe und daß sie sich in schlechtem Zustande sei. Nachträglich sollte man sich also nicht darüber beklagen. Ebenso verurteilte Kolonialdirektor v. Buchta gar nicht erst, die Vertragsfähigkeit der Nambara-Bahn zu verhandeln; er meinte, für den Ankauf der Bahn durch das Reich habe in erster Reihe die politische Bedeutung der Bahn den Ausschlag gegeben. Aber den Staatesbau führte der Kolonialdirektor zum Troste aus, daß derselbe ja später besser werden könne, wenn er auch jetzt recht schwach sei — sein unterer Trost! Doch eher läßt sich hören, daß der nationalliberale Abg. Dr. Baasche zu diesem wenig angenehmen Kapitel zu sagen wußte, daß nämlich gegenwärtig überall Notlage in Staatesbau herrscht — also um so mehr in Nambara, wo man noch in den ersten Anfängen des Staatesbaues steht.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 25. Jan.

Am Bundesratstag: Staatssekretär Dr. Nieberding, Präsident Graf Ballestrem eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten.

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend Änderungen des Strafgesetzbuches (lex Feine).

Der Berichterstatter berichtet über die Kommissionsverhandlungen. In § 180 des Strafgesetzbuches setzen die Kommissionsbeschlüsse für Kupplerei Gefängnisstrafe, und zwar nicht unter einem Monat; zulässig ist eine gleichzeitige Geldstrafe von 150 bis 6000 Mark, ebenso sind mildernde Umstände zulässig.

Der Paragraph wird in der Kommissionsfassung angenommen.

Der § 181 hat die Kommission nach der Regierungsvorlage unbenutzt angenommen. Diese bestimmt, daß die Kupplerei, auch wenn sie weder gewöhnlich noch aus Eigennutz betrieben wird, entweder mit Gefängnisstrafe bis zu fünf Jahren bestraft wird, oder wenn hinterlistige Kunstgriffe angewandt worden, um der Unzucht Vorwand zu leisten, oder wenn der Schuldige zum Verfallenen in einem nahen Verhältnis steht, Gemann, Eltern, Vormund, Geistlicher, Lehrer, mit Gefängnisstrafe und Geldstrafe von 150 bis 6000 Mark. Bei mildernden Umständen tritt Gefängnisstrafe ein. Daneben Geldstrafe bis 3000 Mark.

Hierzu liegt ein Antrag Homburg auf mildernde Umstände vor, wenn es sich um die Verurteilung Verlobter handelt, ferner ein Antrag Albrecht, daß Justizstrafe eintritt im Falle eines nahen Verwandtschaftsverhältnisses, wenn aus Eigennutz gehandelt, oder wenn auf den Verfallenen unter Vorname oder Pseudonym unzüchtiger Handlungen eingewirkt ist; im Falle einer Ablehnung soll der Fall „Ehemann“ gestrichen werden. Endlich soll ein neuer Absatz hinzugefügt werden: als Kupplerei ist die Duldung geschlechtlichen Verkehrs zwischen Verlobten nicht zu erachten.

Abg. Homburg (son.) vertritt seinen Antrag; der Antrag der Ehe dürfte nicht herangezogen werden.

Abg. Stadthagen (son.): Es sei bedenklich, gerade im Falle der Kupplerei seitens des Ehemannes überall Justizstrafe einzutreten zu lassen. Das entspricht nicht der Berücksichtigung der Schwierigkeiten der Scheidung im bürgerlichen Gesetzbuch. Nach oberflächlicher Statistik für Berlin sind 30 Prozent aller eheleichen Kinder in den ersten sechs Monaten der Ehe geboren. Es sei Überlegung, hier von Straftatheit zu reden. Das Reichsgericht könne nicht allein entscheiden, was Straftatheit ist.

Geh. Rath Tschendorff bekämpft die Anträge.

Abg. Kooren (Str.) bietet die Anträge abzuweichen; sie seien in der Kommission genügend erörtert worden. Der Antrag Homburg sei überdies zu unterlassen.

Abg. Weich (freis. Rp.) wendet sich gegen den Antrag Homburg.

Abg. Stöcker (wilt.-son.): Es gäbe noch viele Ehen, die in schamloser Weise nur zum Zweck der Prostitution geschlossen werden. Dagegen sei keine Strafe hoch genug. Weder fragt, ob die Sozialdemokraten die Verantwortung tragen wollten für die Verwirrung der Geistes, welche entstehen, wenn das Gesetz die Unzucht zwischen Verlobten straflos läßt.

Abg. Weich (son.): Der sozialdemokratische Antrag scheide auf dem Boden strengster Gerechtigkeit. Sollte der § 181 streng angewandt werden, so werde man sich wundern, welche vornehme Gesellschaft die Justizstrafe bedürftig würde. Die katholischen und protestantischen Geistlichen bestreiten die Verantwortung der geschlechtlichen Verkehr zwischen Verlobten. Dies beweise, daß diese Stelle der Vorlage nicht den weiteren Kreisen der Bevölkerung behage. Was sollten die Berliner Bürgerfrauen anfangen, wenn es keine Strafen über ihnen mehr gäbe.

Gemeinrat Lenge: Die Regierung scheide mit der Ausdehnung der qualifizierten Kupplerei auf den Ehemann auf dem Standpunkt des gemeinen Strafrechts.

Abg. Stadthagen: Die Reichspartei stimme für die unveränderte Regierungsvorlage.

Abg. Homburg wendet sich gegen die Anträge.

Abg. Weich (natl.) bekämpft die Anträge.

Abg. Weich (son.): Wechselt strafmildernde und strafauslöschende Bestimmungen ab, so ist schon im Strafgesetzbuch, wie beim Diebstahl, wobei doch keineswegs die Verantwortlichkeit des Diebstahls an Angehörigen gelindert werde. So sei es auch mit der Kupplerei.

Die Anträge Albrecht und Homburg werden abgelehnt, § 181 in der Fassung der Vorlage angenommen.

Unter § 181 wünscht die Kommission einen § 181a, der Kupplerei mit Gefängnisstrafe nicht unter einem Monat bedroht. Der Kupplerei, der Ehemann der Frauensperson ist oder sie durch Gewalt oder Drohungen zur Unzucht anbahnt, wird mit Gefängnisstrafe nicht unter einem Jahre bestraft.

Abg. Albrecht (son.) will den Paragraphen streichen, eventuell den Begriff Kupplerei enger fassen.

Abg. Homburg (son.) will die qualifizierten Kupplerei mit fünf Jahren Gefängnis bestrafen. Der Ehemann, der nicht im Stande sei, seine Familie zu erhalten, sollte eher der Armenpflege zur Last fallen, als von der Ehebande der Frau leben.

Abg. Stadthagen (son.) tritt für den Antrag Albrecht ein. Der Kupplerei sei eine moderne Erscheinung, die natürliche Folge der Polizeiverhältnisse gegen die armen Mädchen. Gemeinrat Tschendorff bekämpft die Kommissionsbeschlüsse.

Nach weiterer Debatte wird § 181a endlich unter Ablehnung aller Abänderungsanträge in der Kommissionsfassung angenommen.

In § 181 b schlägt die Regierungsvorlage die Bestrafung der Vermittler von Wohnungen an gewerksmäßig Unzucht treibende Prostituierten aus. Die Kommission lehnt diesen Paragraphen ab.

Abg. Weich (son.) beantragt, die Regierungsvorlage eventuell mit einer redaktionellen Änderung wieder herzustellen.

Abg. Albrecht (son.) beantragt, die Bestimmung hinzuzufügen, daß die Polizei nicht berechtigt sei, solche Personen in bestimmte Stadtteile oder Wohnungen zu verweisen.

Abg. Weich begründet seinen Antrag, welcher notwendig ist, wenn man nicht solche Personen obdachlos machen oder in öffentliche Häuser treiben wolle. Da man das unzüchtige Gewerbe bündelt, so darf man auch nicht diejenigen, die jenen Personen Wohnungen vermitteln, wegen Kupplerei bestrafen.

Nach längerer Debatte tritt Staatssekretär Dr. Nieberding für den Antrag ein, der auch durch die rigorose Rechtsprechung des Reichsgerichts notwendig erscheine.

Am 7 Uhr Abends wird schließlich die Verathung auf morgen Mittag 1 Uhr vertagt.

Deutschland.

Berlin, 25. Januar.

Der „Reichsanzeiger“ berichtet: Auf allerhöchsten Befehl fällt wegen des Hinscheidens der Herzogin Mutter die heutige Cour aus, sowie jede Gratulation oder sonstige Feier des Geburtstagsfestes des Kaisers.

Der preussische Kultusminister bereitet, der „Post“ zufolge, eine Reform des Berechtigungswesens der Realgymnasien vor. Den Abiturienten soll gegen eine Nachprüfung im Lateinischen das medicinische Studium gestattet werden. Die Nachprüfung im Griechischen soll wegfallen.

Strasbourg, 23. Jan. Der „Eclair“ meldet: Domkapitular Dr. Joder tritt heute in Begleitung von Dr. Adloff die Reise nach Rom an, um dort als Delegierter des Straßburger Domkapitels für die Beibehaltung des Priesterseminars als Lehr- und Erziehungsanstalt an zuständiger Stelle sein Wort einzulegen.

Ausland.

London, 25. Jan. Die ungewöhnliche Spannung, die sich in Folge der Ankündigung des am Dienstag Abend beabsichtigten Angriffs auf Spiontop aller Gemüther bemächtigt hatte, fand gestern Ausdruck in einer Ansammlung von Menschen in der Nähe des Kriegsministeriums, die bis in die späten Abendstunden anhielt.

New-York, 25. Jan. Hier geht das Gerücht, daß der bisherige amerikanische Konsul in Pretoria, Macrum, ein Gerücht des Präsidenten Krüger an den Präsidenten Mac Kinley um Vermittlung überdringt.

Baden.

Karlsruhe, 25. Jan. S. K. H. der Großherzog nahm heute Vormittag verschiedene Vorträge, sowie die Meldung des Generalmajors z. D. Frisch, 1. Vicepräsidenten des Badischen Militärvereinsverbandes, und des Oberstenmajors v. Beck, Kommandeurs des 1. Badischen Feld-Artillerie-Regiments Nr. 14, entgegen. Zur Mittagstafel erschienen J. G. v. die Fürstin Sophie zur Lippe. Nachmittags und Abends hörte S. K. H. der Großherzog die Vorträge des Geh. Legationsrats Dr. Freyherrn v. Babo und des Legationsrats Dr. Seb.

Die Abfahrt der Großherzoglichen Herrschaften, zum Geburtstag S. M. des Kaisers nach Berlin zu reisen, ist durch die schwere Erkrankung J. H. der Herzogin von Schleswig-Holstein-Augustenburg verhindert worden. Ihre künftigen Hoffnungen hatten beabsichtigt, auf dem Weg nach Berlin auch S. K. H. dem Großherzog von Sachsen einen Besuch in Weimar abzugeben und am 24. in Berlin einzutreffen. Zu höchstem großen Bedauern können Ihre künftigen Hoffnungen Ihre treuen Geburtstagswünsche nicht persönlich darbieten und müssen nun auf diese Freunde verzichten.

Karlsruhe, 25. Jan. S. K. H. der Großherzog haben sich gnädig bewegen gefunden, dem Bahnwärter Wilhelm Weber in Konstanz das Ritterkreuz zweiter Klasse höchsten Ordens vom Jahrgang Löwen zu verleihen und den Bahnwärter Wilhelm Weber in Konstanz auf sein unterthänigstes Ansuchen bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit in den Anhalt zu verlegen.

Karlsruhe, 25. Januar. Der Bundesrath nahm heute das Flottengesetz an. Die Novelle, die heute bereits dem Reichstage zugegangen ist, bestimmt in Paragraph 1, daß der Schiffbestand der deutschen Flotte gegen den bisherigen Bestand vermehrt wird um a: Verwendungsbereit: Ein Flottenflaggschiff, zwei Geschwader zu je acht Linien Schiffen, zwei große und acht kleine Kreuzer als Aufklärungs- und Jagdgeschiffe der heimischen Flotte, fünf große und fünf kleine Kreuzer für den Auslandsdienst; b. als Materialreserve: Zwei Linien Schiffe, einen großen und zwei kleine Kreuzer für den Auslandsdienst. Vermindert wird der Bestand um das Küstenpanzergeschwader, doch können diese acht Schiffe bis zu ihrem Ertrag als Linien Schiffe für den vermehrten Sollbestand in Rechnung. § 2 der Novelle legt für die Instandhaltung der heimischen Flotte als Grundsatze fest, daß das erste und zweite Geschwader die aktive, das dritte und vierte Geschwader die Reserve-Schlachflotte bilden. Von der aktiven

wider ihren Willen gehörte Josephine und sah mit Entzücken, wie der Eskadrotte eine Menge Figuren zum Vorkommen brachte, welche Soldaten vorstellten. Durch einen sonderbaren Mechanismus bewegte er sie alle. Es waren viele Porträtfiguren, darunter der erste Konsul, Melas u. s. w.

„Ich kann Ihnen noch wunderbare Dinge zeigen, Madame“, sagte Marec. „Die Schlacht bei den Pyramiden, Marec, Ney und solche Leute.“

„Nicht weiter, mein Herr, Sie spielen mit Ihrem Leben, hinweg, hier ist Geld.“

„Noch eine Gnade, Madame! Decken Sie wieder einen dieser Äpfel.“ — Und wieder reichte Marec Josephinen einen Apfel mit Äpfeln hin. Sie nahm die Frucht und durchschnitt sie. Ein Papier fiel heraus. Josephine las es:

„Madame!
Soeben habe ich den ersten Konsul davon überzeugt, daß der Marec, welcher die Ehre hat, vor Ihnen seine Produktionen zu zeigen, nicht der Mörder ist, über dessen Haupt die Hand der Gerechtigkeit sich bereits ausgebreitet hat. Ihr Schützling ist ein edlicher Mann. Er hat an der Expedition von Ambron Teil genommen und ist dann nach Deutschland gegangen, woher er seine Marionetten brachte, die Ihnen, Madame, eine amüsante Stunde bereiten werden. Der andere Marec heißt nicht George, sondern Yves und hält sich noch in England auf, wo seine Schritte überwacht werden.“

„Ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können, daß Ihr Schützling von der Emigranten-Liste gestrichen ist.“

„Fouche.“

„Nicht das beruhigt mich, mein Herr. Es war eine böse Verwechslung: Weichen Sie bei uns heute Abend. Soeben fährt der Konsul in den Hof.“

„Wann tritt ein Marec verbeugte sich.“

„Ich weiß Alles“, sagte der Konsul, „Verwechslung — Verhören. Alles beseitigt. Schlimm für Sie, mein Herr, einen solchen Namen zu führen. Sie sind auch Emigrant gewesen, aber kein schlimmer.“

Marec, der Taschenspieler.

Historische Erzählung von Paul Alexander.

(Schluß.)

„Madame“, begann nun der Taschenspieler mit halblauter Stimme. „Sie sehen einen Unglücklichen vor sich. Ich habe mich in den Streit der Großen gemischt, und gegen die Republik in der Vendée gekämpft. Nach der Befreiung der Vendée floh ich. Mein Vaterland sieht mich aus. Von den Asten der Bürger wird mein Name getrieben und in die Reihen der Emigranten übergetragen. Ein Wort von Ihnen, Madame, kann mich den Meintigen und meinem Vaterlande zurückgeben.“

Josephine betrachtete den Mann mit Theilnahme. „Selen Sie überzeugt, mein Herr“, sagte sie, „daß alles geschehen wird, was von meiner Seite zu Ihren Gunsten geschehen kann. Der Konsul soll Ihre Bitte schriftlich lesen.“

Der Mäthelhafte verbeugte sich, nahm seinen Tisch unter dem Arm und entfernte sich.

„Der Mann muß begnadigt werden“, rief Josephine, „er ist ein Wunderrichter, es wäre ein Jammer wenn er Frankreich verlasse.“

Am folgenden Morgen um sechs Uhr schritt ein Mann in dem Salon von Malmahon auf und nieder. Er schritt während dieser Promenade und richtete von Zeit zu Zeit einige Worte an Josephine, die in einem Bedürfnis sitzend ängstlich auf den Augenblick zu lauschen schien, in welchem sie ihre Bitte vorbringen konnte. Der Mann war Bonaparte, erster Konsul.

Endlich unterbrach er seine Promenade, blieb einen Moment vor Josephine stehen und sagte mit leisem Rächeln: „Was hab ich gestern Abend in der Gesellschaft bekommen?“

„Nun“, entgegnete Josephine, „ich habe mich herrlich amüsiert, und wenn Du heute mit mir speisen willst, so habe ich Dir eine merkwürdige Überraschung vorbereitet. Bitte“, sagte sie plötzlich aufstehend, „laß doch diesen Namen von der Emigrantenliste womöglich gleich streichen.“

Bonaparte ergriß schnell das Papier, welches ihm Josephine reichte. Seine Augen flackerten unheimlich.

„Da, ein Ghonau!“ rief er zornig, ein Kämpfer Charrettes und Larochejaqueins! Einer jener Mörder, die sich ein Vergnügen daraus machten, die verurteilten Soldaten der republikanischen Armee heimlich zu erwürgen, den Sterbenden auf martervolle Weise den Garzen zu machen. Marec heißt der Verräther, er kommt aus England, wahrscheinlich im Auftrag Pitts. Weist Du, daß Fox mir geschrieben hat, ich möchte vor diesem Menschen auf der Hut sein?“

Jornig stampfte Bonaparte mit dem Fuß auf dem Boden. Josephine weinte über diesen Ausdruck des Unwillens.

„Nun, nun!“ sagte befänstigend der Konsul. „Weine nicht. Du siehst, wie man Deine Gutmütigkeit mißbraucht. Fouche hat ganz Recht. Vor solchen Leuten muß man sich schützen.“

„Ich kenne den Mann gar nicht“, sagte Josephine, „zerreiß die Bittschrift, wenn sie nicht wenig ist, berücksichtige zu werden. Wärfst Du aber, wie sie mir zugekommen ist.“

„Ja!“ rief Bonaparte, „das eben, das möchte ich gern wissen.“

Josephine erzählte nun den Hergang.

„Und solchen Gaullern öffnest Du Deine Thüren?“ sagte streng Bonaparte. Die Gattin des ersten Konsuls läßt sich Sand in die Augen streuen. Josephine, Du bist kindisch. Wie konnte der Gauller Dich täuschen.“

„Sieh“, in einen solchen Apfel, wie dort mehrere noch in dem Korbe liegen, war die Bittschrift eingeschlossen. Ich muß gestehen, daß es um allen räthselhaft geblieben ist. Solche Äpfel kommen alle Tage auf meine Tafel und nur zufällig ergriß ich den ersten Beiß.“

Bonaparte nahm einen Apfel und durchschnitt ihn. Er barg eine ganz gleiche Bittschrift, der zweite ebenso, dann auch der Dritte und so alle übrigen. Der Konsul zeigte nun seiner Gattin, wie geschieht das Fernhaus angenommen war, und wie statt desselben die Bittschrift auf

ein zusammengekauftes Papierchen geschrieben, ihren Platz gefunden hatte.

„Du siehst“, sagte er triumphirend lachend, „das Experiment konnte Deinem Zauberer nicht mißlingen. Welchen Apfel Du auch wählen mochtest — es war immer der rechte. Der Gauller war im Unverständnis mit dem Fruchthändler, der meine Kunsthaft verlieren wird. Den Zauberer werde ich an Fouche empfehlen.“

„Um Gotteswillen Bonaparte“, rief Josephine ängstlich, „laß ihn nicht hier arretiren. Beachte die Unverletzlichkeit meines Hauses.“

„Er ist also hier?“

„Nein, aber er wird wiederkommen — heute Abend. Ich hoffe Dich mit seinen Kunststücken zu unterhalten.“

„Nun, der Polizeiminister wird ihn schon zu finden wissen.“

Josephins Bitten ließen ihn taub. Er warf die Bittschreiben und Bittschriften auf den Boden, reichte der Gattin die Hand und eilte ans dem Gemache. Wenige Minuten später fuhr der Wagen, der den ersten Konsul nach Paris führte, aus dem Hofe des Schlosses.

Josephine war in großer Angst. Sie rief ihre vertrauten Freunde herbei. Man ließ George Marec in der ganzen Umgebung des Schlosses suchen. Schon hielt die edle Frau Gold bereit, um dem bedrängten Notmann die Flucht zu erleichtern. Niemand aber war im Stande, ihr Auskunft über das Verbleiben Georges zu geben. — So kam die Zeit des Diners heran. Bonaparte war noch nicht aus Paris zurückgekehrt. Wenn Marec mit ihm zusammentraf, so war der Fälschung verloren.

Josephine ging sorgenvoll in dem Salon umher. Möglichst werden die Thüren geöffnet. Vor ihr steht George Marec mit seinem Tischchen und seinem Stabe.

„Nehmen Sie mein Herr! fischen Sie“, rief Josephine. „Sie können hier keinen Schatz mehr finden. Sie haben französischen Soldaten gemordet.“

„Gönnen Sie mir einen Augenblick, Madame“, antwortete Marec mit Ruhe und Unbefangenheit. „Fast

Schlachtschiffe werden sämtliche Schiffe von der Reserve die Hälfte dauernd in Dienst gehalten. Der dritte und letzte Paragraph lautet: Die Bereitstellung der in Folge dieses Gesetzes erforderlichen Mittel unterliegt der jährlichen Festsetzung durch den Reichshaushaltsetat.

Die Begründung sieht die Durchführung bis zum Jahre 1916 vor. Die jährliche Kostensteigerung beträgt 11 Millionen. Erwartet wird eine Deckung unter Zuziehung von Anleihen ohne neue Steuern und betont wird die Notwendigkeit einer gesetzlichen Festlegung des Flottensollbestandes, verzichtet aber auf eine gesetzliche Normierung der Beschaffungsfrist.

Hierzu bemerkt die „Presse“ im Ganzen sehr treffend: Die finanzielle Seite der Frage hat man sich am allerleichtesten gemacht. Trotz einer in Aussicht genommenen jährlichen Kostensteigerung um 11 Millionen Mark und trotz des Umstandes, daß die Mehrausgaben auch in ihrem bisherigen Umfang schon die ordentlichen Einnahmen bei Weitem nicht ausreichen, sondern in erheblichem Maße auf Anleihen zurückgegriffen werden mußte, sagt die Begründung einfach: es werde erwartet, daß die Deckung unter Zuziehung von Anleihen ohne neue Steuern geleistet werde. Das ist freilich bequem: wenn es nicht reicht, pumpt man, und wovon der Pump bezahlt werden soll, das überläßt man der Zukunft. Man genirt sich so eine Kleinigkeit von einer Milliarde neuer Reichsschulden oder selbst von der doppelten Höhe dieser Summe! Wer nicht frühlich diese Vorgeschichte mitmacht, der ist kein echter Patriot. So sagen die patriotischen Flotteninteressenten, und die Regierung gibt sich den Anschein, als ob sie wirklich nicht an die Wahrscheinlichkeit neuer Steuern und Zölle denkt. Bei den Handelsverträgen wird es sich bald genug ausweisen, und auch mit neuen indirekten Steuerforderungen wird man nicht lange warten lassen.

Es war zu erwarten, daß auch die neue Flottenvermehrung dauernd festgelegt würde, sobald also der Reichstag auf die Steigerung der Marineausgaben in der jetzt vorgeschlagenen Höhe nicht den geringsten Einfluß mehr haben würde. Dagegen will man den Schein einer Rücksichtnahme auf das Staatsrecht durch den Verzicht auf die gesetzliche Normierung der Beschaffungsfrist wahren. Aber diese Staatsrecht ist nur ein Schein, keine Wirklichkeit, wenn die ganze Flottenvermehrung im Voraus bewilligt werden soll, und man will in Wahrheit die Beschaffungsfrist nur darum offen lassen, um die Ausführung noch mehr beschleunigen und noch schneller mit neuen Forderungen kommen zu können, und je weniger widerstandsfähig sich der Reichstag zeigt, um so schneller werden neue Flottenpläne erscheinen.

Karlsruhe, 26. Jan. Eben wurde ich auf einen Artikel in „Schwäb. Merk.“ aufmerksam gemacht, den neuerdings von einem Beize des hochwürdigsten Herrn Erzbischofs in Sachen eines Artikels über Ordensverhörungen an den Klerus spricht und mich persönlich apostrophiert.

Ja gedente nun doch die erste freie Stunde zu benutzen, um unverhohlen öffentlich anzusprechen, wie ich über die Sache denke.

Th. Wader.

Karlsruhe, 25. Jan. Die Fortsetzung der Murg-
bahn bis an die württembergische Landesgrenze mit einem Gesamtkostenbetrag von 45 Millionen erfordert auf 20 Kilometer 292.000 M. bei Gebirgsbahnen kein ungenügendes Erfordernis. Mit dem Bau soll erst begonnen werden, wenn das Gelände von den Thalgemeinden und sonstigen Interessenten im Wert von 300.000 M. sichergestellt ist. Als Ertrag für das Jahr werden bei 79.000 M. Betriebskosten und 91.600 M. Einnahmen von 12.400 M. berechnet. Was freilich so gut wie keine Verzinsung bedeutet, doch können hier die allgemeinen wirtschaftlichen Interessen in Betracht und eine latente wirtschaftliche Steigerung. Die Rückgewinnkosten sind bei der Bahn Kappel-Lengkirch-Bornhofen auf 133.200 M. berechnet; hier steht es außer Zweifel, daß die Betriebskosten über die Einnahmen hinausgehen und der Staatskasse auf lange Zeit Opfer auferlegt werden.

Karlsruhe, 25. Jan. Statt seiner 135 Notaren werden nunmehr 150, also 15 Stellen mehr angefordert. Nach einer Mitteilung der Regierung wird in der nächsten Budgetperiode eine weitere Vermehrung der Notariatsstellen erforderlich. Im Notfall werden Referendare verwendet. Welchen Amtsgerichtsbezirk die neuen Kräfte zugewiesen seien, läßt sich zur Zeit noch nicht feststellen. Die Zahl der seither schon vorhanden gewesenen Notariatsstellen ist in Folge der vermehrten auswärtigen Geschäftstätigkeit

des Notars von 225 auf 240 gestiegen, wovon 210 als nicht etatmäßige Kanleihsstellen und 30 als Bureauassistenten angefordert sind. Eine große Anzahl solcher Notariatsstellen, von denen angenommen ist, daß sie ihrer künftigen Aufgabe gewachsen sein würden, hat man auf den Staat übernommen und den Notaren überlassen. Der Bedarf war aber damit nicht gedeckt, es mußte noch auf etwa 40-50 Notare geachtet werden. Als Gehaltsanteile der Notare für solche Geschäfte, bei welchen den Beteiligten die Wahl des Notars überlassen ist, sind für jeden Notar durchschnittlich 400 Mark vorgesehen. Für Tagelöhner, Reise- und Zugkosten der Notare und Notariatsverwalter werden schätzungsweise weitere 174.000 Mark angefordert (pro Kopf 1170 M.).

Karlsruhe, 26. Jan. Die „Germania“ wendet sich gegen die Verträge, in der Fiskalvorlage an der unangenehmen Kosten- und Deckungsfrage vorbeizugehen, und führt dabei aus:
„Die Kosten- und Deckungsfrage kann gar nicht umgangen werden, sie verlangt eine gleichzeitige und positive Lösung. So unheimlich auch manchen Kreisen die Deckungsfrage sein mag, sie werden, wenn sie an die Mahnung des Reichstages vom 18. Oktober v. J. zur Verstärkung der deutschen Flotte erinnern, auch die gleichzeitige Mahnung in den kaiserlichen Worten nicht vergessen dürfen: „Es muß dazu aber unser Volk sich entschließen, Opfer zu bringen.“ Das man aber mit Anleihen wirkliche Opfer bringe, wird Niemand behaupten wollen. Und wie es mit freiwilligen Opfern bestellt ist, hat sich bisher sehr deutlich gezeigt. Ein Mann aus dem Volke hat vor fünf Wochen in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ einen Aufruf zu einer freiwilligen Flottenvermehrung veröffentlicht: „Was nützen unsere patriotischen Gesühle und Gesänge, wenn wir die wir es vermögen, nicht selbst die Hand an den Pflug legen?“, „Sagt uns Patrioten der Pflug werden?“, „Welchen Erfolg hat dieser Aufruf gehabt? Der Kaiserliche ist er verfallen. Der Reichstag wird in der Steigerung der Baukosten für die schon beschlossenen Kriegsschiffe auch bereit ist sehr instruktives Zeichen für die Art der Flottenbegeisterung von Marine-Interessenten, von denen ja die ganze Flottenagitation im Reiche infiziert ist und nicht unterdrückt wird, erhalten haben. Diese den Socialdemokraten abgetragene Art und Weise einer einseitigen Agitation und Verheerung, in der auch die schwindelhaftesten Fiktionen wie beim ersten Flugblatt des Flottenvereins nicht verschmäht worden sind, hat bei ersten, ruhig und sachlich denkenden Leuten einen Ekel und Widerwillen hervorgerufen, welcher nichts weniger als geeignet ist, für die Flottenvorlage Stimmung zu machen.“

Die „Post“ berechnet den Gesamtmarineaufwand für die nächsten 16 Jahre nach den bisher angegebenen Differenzen und kommt dabei zu einer Gesamtsumme von 4936,5 Mark.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 25. Januar.

22. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. (Schluß.)
Abg. Pfefferte wünscht, daß die Erhöhung des Wohnungsgeldes und die Befestigung der Bittwenntarife bald erfolge, damit im Hebrigen ein Stillstand eintrete in den Gehaltsverhältnissen. Für Staatsbauten und staatliche Anlagen sollten die Gemeinden nicht zu Beiträgen veranlaßt werden. Im Handelsgesetz solle der Neubau und Tabakbau besonders berücksichtigt werden; diese Zweige haben es sehr nötig, denn sie müssen bisher die höhere Steuer zahlen, und außerdem können sie nach der Klärung veräußert werden. Neben freut sich, daß die Amortisationskasse auch den Kreditbedürfnissen dienlich gemacht wurde. Zum Schluß erinnert er an die Ausführung des Oberheimannplans, der oben eine Bewässerungs- und einen Entwässerungsanlage werden soll. Im Verhältnis zu den Großstädten sollte den kleinen Landgemeinden mehr entgegenkommen werden. Emmentingen gehöre aber nicht zu den Großstädten — das bemerkt er dem Abg. Hibel. Die Gütersituation in Rindringen sei noch nicht erfüllt, obwohl sie längst genehmigt ist. Sehr nötig wäre auch ein neues Amtsgesetz in Emmendingen; leider sei im Budget keine Position dafür. Die Zuschüsse zur Eisenbahndienstleistungskasse sind nicht zu vermindern; wir sind in der Lage sie zu zahlen; in schlechten Zeiten kann man sie eher vermindern; zu Staatsbahnbauten sollten die Gemeinden nicht zu stark beigezogen werden; einer ganzen Befreiung rede er nicht das Wort; erfolge sie, dann müßte man auch den Gemeinden, welche bereits Beiträge leisten, dieselben wieder zurückzahlen, wie Kollege Greiff schon richtig angedeutet habe; eine weitere Folge wäre dann auch die, daß der ganze Eisenbahnbetrieb verstaatlicht werden müßte, also auch jener der Privatbahnen.

Abg. Schüler ist den berechtigten Wünschen aller Stände in diesem Hause stets entgegengekommen: er

siehe auch einer Revision des Wohnungsgeldes freudlich gegenüber, allein bezüglich der Revision des Gehalts tarifs sei doch zu beachten, daß sie der Finanzminister im finanziellen Effekt auf 5-7 Millionen veranschlagte. Auch bei der Erfüllung berechtigter Wünsche ist darauf zu achten, daß berechnete Interessen anderer Stände nicht verletzt werden. Hinsichtlich des Eisenbahnbetriebs hat auch die Landwirtschaft manche Wünsche. Prinzipiell stehe auch er auf dem Standpunkt, daß die Gemeinden keine Beiträge zu Staatsbahnbauten leisten sollten; er sage sich aber, daß sich das sehr schwer machen lassen werde. Ueber freie Geländebestellung sollte nicht hinausgegangen werden; allein namentlich wenn es sich um Bahnhofsverbreiterungen, neue Güterhallen zc. handelt, werden die Gemeinden zu sehr beigezogen; sie glauben oft, ohne große Zuschüsse würden ihre Bedürfnisse gar nicht befriedigt. Für die Landwirtschaft sei allerdings schon viel getan worden; es sei aber hier auch viel auf dem Gebiet der Selbsthilfe geschehen. Hungerleiden müssen die Landwirte allerdings nicht, aber eine Selbsthilfe ist vorhanden. Die Fruchtpreise sind zu niedrig, daß der Landwirt nichts mehr verdienen kann. Die Nebenwerfen fast gar nichts mehr ab. Das schlechte Wetter werde die Nebenwerfen fast alle Jahre schlechte Herbst! Den Wegfall der Weinanbauwünsche auch er, allein angehend die Steuerreform könne nicht daran gegangen werden. Bezüglich des Reichswingelgesetze wäre er zufrieden mit einer scharfen Kellerskontrolle und dem Deklarationszwang. Viel Schaden bereite die Maul- und Lausenseuche und die damit verbundenen Spermaerregungen. Oft braucht der Bauer Geld und kann und darf sein Vieh nicht verkaufen. Wenn so viele Schwierigkeiten zusammenwirken, ist es kein Wunder, wenn bei der Landwirtschaft Nothlage herrscht. Andere Stände würden das gar nicht so lange aushalten. Den Städten kommen viele Ausgaben indirekt wieder als Einnahmen zu, durch das Militär, die Staatsstellen zc. Besonders freue ihn, daß endlich das Pfaffergeld beseitigt werden soll; das war ein mittelalterlicher Follterapparat für die Landwirtschaft. Letztere müsse der Staat in seinem eigenen Interesse kräftig erhalten; bei kriegerischen Verwicklungen, selbst bloß anderer Staaten, brauche man sie unter Umständen noch zu sehr. Die Landwirtschaft, das Export und Import dann doch sehr wichtige Faktoren sind. Weiter wünsche er Frachtminderung für landwirtschaftliche Lieferungen ans Militär; die Produkte sollten eben auf einzelnen Bahnhöfen aufgegeben werden können; schon wäre es auch, wenn die Heil- und Pflegeanstalten ihren Wein aus dem Lande beständen. Auch er begrüße die Ausführung des Oberheimannplans; derselbe würde dem ganzen Oberland viele Vorteile bringen. Sehr einschüden tritt Medner bei einer Landesbankfrage ein; mit verträglichem Erscheinen hätte eine solche Sache nichts zu thun; wer Geld wollte müsse eine genügende Sicherheit bieten, und wer das nicht könne, komme gar nicht in Betracht. Daran könnten auch die Parteien nichts ändern. Was jetzt werde den Kreditbedürfnissen der Landwirtschaft nicht genügend Rechnung getragen. Die Rheinische Hypothekbank verlangte 3/4 % Zins; das sei doch kein Zinsfuß für die Landwirtschaft. Eine Landesbankfrage würde den Zinsfuß auch bei anderen Geld-Anstalten zu Gunsten der Landwirte herabdrücken. Man dürfe doch den Landwirten antrauen, daß sie in dieser Frage selbst die besten Sachkenner sind. Es handle sich hier nicht um ein Geschäft sondern um Darlehen zu niedrigem Zinsfuß. Er hoffe, daß dieses Ziel doch erreicht werde. Das Stromersthum habe in neuerer Zeit fast ganz aufgehört; dafür tritt nun die Ziegenzucht um so stärker und gefährlicher auf und belästigt namentlich die Landgemeinden. In Baden wird z. B. sehr scharf gegen die Ziegenur vorgegangen, und es ist nicht unmöglich, daß in Folge dessen die Ziegenur Baden mehr die Ehre ihrer Besuche aufkommen lassen. Die Sache verdient also ihrer Unerschrockenheit Beachtung. Ueber die Steuerreform wolle er heute nicht reden, dazu biete sich noch Gelegenheit genug; es werden sich der Durchführung nicht geringe Schwierigkeiten entgegenstellen, doch hoffe er, daß die vorliegenden Gelegenheitswünsche in ihren Grundzügen Gesetz werden. (Bravo.)

Abg. Sed: Die Herren Minister befinden sich gegenwärtig im Glorienchein der „boni possidones“, der glücklich Vergebenen eines „Leberföhls-Budgets“. Dafür sei ja den Herren schon genigend gedankt worden, allein auch die Volksvertretung verdiene wohl einige Anerkennung und nicht zuletzt auch allen Beamten und Bediensteten des Staates bis zum letzten Arbeiter herunter, die ihre schwere Pflicht getan haben; das sei um so mehr angebracht, als bei manchen dieser Bediensteten die Bezahlung zu der Leistung nicht im rich-

tigen Verhältnis steht. Medner freilich kurz das politische Gebiet, und beanstandet u. A., daß gewiß Umstände lichteiten bei den Gemeindevätern noch nicht befreit seien. In Einzelheiten wolle er sich heute nicht einlassen, doch werde es wohl nicht gegen die „gute Erziehung“ verstoßen, wenn er die spezielle Frage an die Regierung richte — die ja heute so schön in ihrer Gesamtheit vertreten ist, — ob sie denn immer noch der Ansicht sei, daß auch nach dem Fall des Socialdemokratischen die Socialdemokratie immer noch als außerhalb der Rechtsallgemeinheit stehen betrachtet wird, und die diesbezügliche Regierungsverordnung noch fortbesteht. Dazu sei ein Antrag doch nicht mehr vorhanden, umso mehr als erst neulich behauptet wurde, daß die Socialdemokratie sich gegenwärtig im „Zustand des Ausstoßens“ befinde. Die Antwort der Regierung über ihr Verhalten zur Justizvorlage genüge nicht; sie hat insbesondere den Widerspruch nicht gelöst, der darin besteht, daß sie die Justizvorlage nicht wollte und doch dafür stimmte. Darüber Aufklärung zu verlangen hat wohl die Volksvertretung ein Recht. Wenn die Preußen ein Justizhausgesetz wollen, so sollen sie eines für Preußen erlassen. Die badische Volksvertretung will verlangen, daß die Wünsche des badischen Volkes beachtet und auch im Bundesrat zum Ausdruck gebracht werden. Für das direkte Wahlrecht hat sich die große Mehrheit der Kammer schon einmal ausgesprochen, und zwar mit allen gegen bloß 8 Stimmen, ein anderes Mal wäre das noch zum zweiten Mal geschehen, wenn Herr Fischer nicht noch im letzten Moment sich Ansturm bei der Regierung geholt hätte, worauf dann die Stimmung der Liberalen dem direkten Wahlrecht allerdings nicht mehr so günstig war. Der Staatsminister habe so sehr zur Vorhüt und Beobachtung im der Wahlreform sich ausgesprochen! Ja, andere Gesetze wurden ja auch schon abgelehnt und durch neue ersetzt. Das neue Bürgerliche Gesetzbuch erreichte eine völlige Revolution auf dem Rechtsgebiet; 100 Jahre alte Gesetze wurden beseitigt; die Techniker können jetzt auch ihren Doktor machen. Im Talenten würde es auch bei der direkten Wahl in der Kammer nicht fehlen; es fehlt hier nicht an Juristen und nicht an Theologen, es fehlt höchsten an Arbeitern, und für eine Vermehrung dieser Elemente würde die Socialdemokratie bei direkter Wahl event. mit Proporz schon sorgen. (Geheul.) Dreesbach vertrete Mannheim wohl noch besser, wie seine Vorgänger, die Großstädter oder Juristen waren, und Hamburg hat ganz kleinen Schaden davon, daß seine Vertreter im Reichstage Arbeitervertreter sind. Medner geht über auf die Lage der Eisenbahnarbeiter und befragt eingehend die Broschüre des badischen Eisenbahnerverbandes über die Lage der Arbeiter und Tagelöhner bei der badischen Staatsbahn; er begrüße diese Broschüre sehr, wenn sie auch nicht in allen Punkten vollkommen sei, so treffe sie im Allgemeinen doch zu und gebe ein ziemlich zuverlässiges Bild von der Lage dieser Staatsbediensteten. Es sei in derselben darauf hingewiesen, daß diese Leute durchschnittlich nicht mehr als 900 M. verdienen, daß diese Summe aber auch bei der größten Sparsamkeit kaum hinreichte, eine Familie zu ernähren, und daß trotzdem Arbeiter, die 10, 15 und 24 Jahre im Dienste des Staates stehen, noch diesen Lohn beziehen; an den 2-3-jährigen Aufstiegsstellen habe ca. 50 pCt. keinen Anteil, weil sie nicht dazu vorgelassen werden; die Broschüre weist auch darauf hin, daß die Steuerfreigrenze auf 900 M. hinaufgesetzt werden soll, weil mit weniger Einkommen der Mann seine Steuer zahlen könne. Er freue sich also über diese Broschüre und hoffe, daß für die betreffenden Arbeiter und Bediensteten aus dem Reichthum unseres Budgets etwas abfallen werde. Für Befestigung der Fleischacke wolle auch er, und zwar im Interesse der Nahrungsverbilligung der Arbeiter und kleinen Leute. Eine Flockenrede wolle er nicht halten, doch möchte er die badische Bevölkerung der Flockenpolitik nicht sehr sympathisch gegenüber stehen; wenn der Finanzminister trotz der leberföhlichen badischen Budget sehr zur Vorsicht mahne, so sei sie im Reich, wo ein Schuldenbudget vorhanden sei, um so nothwendiger. (Bravo.)

Minister Eisenlohr wollte die Unzulänglichkeiten bei Gemeindevätern schon auf dem letzten Landtag befestigen; die betreffende Vorlage wurde aber nicht verabschiedet, sie ist wieder vorgelegt und wird hoffentlich zu einem Resultat führen. In Sachen der Wahlreform wurde auf dem letzten Landtag — und darauf kam es für die Regierung an — keine Einigung erzielt, es ergab sich vielmehr eine große Meinungsverschiedenheit. Einer Verbesserung der Stellung der Regierung zur Justizvorlage sei er nicht ausgewichen, er habe nur darauf aufmerksam gemacht, daß an die Interpellation

Theater, Konzerte, Kunst und Wissenschaft.

Karlsruhe, 26. Januar.

v. St. Großh. Hoftheater. Nach viele Jahre länger Pause betamen wir gestern wieder einmal „Mignon“ „neu einstudirt“ zu hören, und wir müßten nur bedauern, daß das Werk, das in musikalischer Beziehung eine Perle ist, so lange im Staube des Archivs verweilen lag. Sein verbalhornistischer Reichtum ist es allerdings nicht, was ihm einen Werth verleiht, und der matte Vortrag aus Goethe's „Meister Wilhelm's Wanderjahre“ blieb völlig unverständlich; fügte er sich nicht auf eine Musik, die dem Ganzen Geist und Leben einhaucht und ihm so große Anziehungskraft verleiht. Der Komponist V. Thomas, von welchem wir auch seine Oper „Raymond“ gehört, ist ein glücklicher und gewandter Komponist, der fremde Elemente mit den eigenen geschickt und wirksam in seiner Musik zu verschmelzen verstand. Die Charaktere und Affekte sind ohne die Hilfe mannigfaltiger charakteristischer Motive ziemlich gleichmäßig gefärbt und die Instrumentierung reichlich, aber der vorerfreiche dramatische Reichtum der Akthumen, die melodische Fülle und Originalität, die plastischen Motive und viele reizende, sehr stimmungsvolle Sätze heben den Zuhörer über Alles hinweg. Der Melodiker steigt über den Mangel des dramatischen Fundamentes einzelner Situationen, und ununterbrochen fließt der Quell musikalisch herrlicher Weisen, von welchen wir nur das bekannte „Komm Du das Land, wo die Zitronen blühen“, das reizende Duett „Ihr Schwalben in den Lüften“, die berühmte Titania Arie, „das Wiegenlied“ Lotario's nennen wollen, an welche sich noch viele andere werthvolle Nummern anschließen. Wir können uns nur darüber freuen, daß diese musikalisch wertvolle Oper dem Repertoire aufs neue einverleibt wurde. Die Aufführung war eine vorzügliche und das Werk hatte einen glücklichen Abend. Vor Allem trat Frau Mottl wieder in den Vordergrund, wir haben „Mignon“ noch seiner Zeit mit Fräulein Johanna Schöwarz in der Titelrolle, Fräulein Bianchi als

„Philine“ und Herrn Standigl als „Lotario“ gehört. Später sang dann, wenn wir nicht irren, Fräulein Mailhac die Titelrolle, während Fräulein Schöwarz die „Philine“ gab. Aber keine ihrer Vorgängerinnen erreichte Frau Mottl an Schönheit des Gesanges. Wie wußte sie der armen „Mignon“ so lebhaft und warme Töne zu verleihen, wie diese dem unglücklichen von Heimweh, Liebe und Eifersucht gefolterten Mädchen eigen sein müssen. Ihr Gesang schlich sich dem Hörer, wie süßlich die Töne von Sarasate's Zaubergeige, ins Herz und verlegte ihn in einen süßen Bann. Unwillkürlich gewann, durch der Töne Schönheit und Innigkeit bezwungen, das Interesse, die Theilnahme für diese „Mignon“ die Oberhand und tief eine tiefer gehende ernstere Stimmung wach. Aber diesmal war es nicht nur der Gesang der Frau Mottl, es war auch ihre decante, verständnisvolle mit dem Gesang aufs innigste verbundene Darstellung, die uns aufrichtig erfreute. „Mignon“ zählt, wie „Agathe“ u. A., zu ihren Glanzrollen, mit welchen sie überall Furore machen wird.

Frau Drehm gab im Gesange wie in der Darstellung ein getreues Bild der leichtfertigen, koketten und lustigen „Philine“ und sang die „Titania-Arie“ mit der vollendeten Grazie des ersten bel canto. Den Damen würdig zur Seite stand der stimmungsvolle mit wohlthuernder Wärme und Innigkeit singende und spielende „Wilhelm Meister“ des Herrn Yusuf, der durch die geistvolle Wiedergabe dieser Rolle aufs neue die Sympathien der Zuschauer gewann. Die Partie des „Lotario“ kann man sowohl vom gefanglichen als auch vom schau- spielerischen Standpunkte als eine durchaus keinen Antheil erweckende halten und wenn sie nicht gut gelungen wird, ist sie langweilig. Herr Keller, der sie gab, änderte diese Meinung und bewies, daß wenn „Lotario“ einer künstlerischen Kraft anvertraut ist, er zur Bedeutung wird. Das Duett mit Mignon (das „Hörnelied“ von Schubert im 2. Acte, das früher eingelegt war, blieb weg) im 3. Acte, das „Wiegenlied“ und die ergreifende Lösung des zwischen Tochter und Vater waltenden Geheimnisses, wußte Herr Keller mit so tiefer

Empfindung und feinfacher Betonung zu fangen, daß man wirklich den unglücklichen „Marchese Ciriaco“, der seine verlorenen „Separata“ sucht, vor sich zu sehen glaubte. Auch Herr Keller verdiente und fand die ihm mit Recht gebührende Anerkennung. Die Schauspielercolle „Des Väteres“ wurde von Herrn Kede mit der von ihm stets gewohnten künstlerischen Routine gegeben. Unser vieljähriger Herr Wilhelm Beyer sang und spielte die Partie des „Friedrich“ recht brav und fand sich, wie immer mit solchen unbankbaren Aufgaben, gut mit ihr ab. Dem Zigeunerchor „Jarno“ wußte Herr Marx, der vielseitige, ein glaubwürdiges Colorit zu verleihen und ihm dramatische gefanglich wirkende Accente zu geben; auch Herr August Haag verdient für den ausdrucksvoll gelungenen Dener „Antonio“ lobende Erwähnung. Herr Mottl, der die Oper leitete, wußte die Schönheiten der Partitur geklopft ansatzprägen und schon die Cuvertüre bereitete den Zuhörern einen Kammergenuss; ihm und dem Orchester alle Hochachtung. Nicht minder trefflich wurde die Aufführung durch die kunstverständige Intencierung und das seine Arrangement des Herrn Oberregisseur Schön gehoben. Das volle Haus spendete vielen Beifall.

— Großh. Konversationsklub für Musik. Das letzte (eingeschriebene) Vorpiel der Ausbildungsclassen, welches am 19. Januar stattfand, hatte folgendes Programm: 1. a) Abendlied, b) Canon von St. Arschl (Fräulein Karoline Stamm); 2. Arie von Beethoven von H. Beethoven's (Fräulein Anna Freytag); 3. Thema von Bartoloni für Harfe von J. Thomas (Fräulein Eleonora Sommer); 4. a) Etude von H. Jensen, b) Nocturne von F. Chopin, c) Nennet von H. v. Midon's (Fräulein Verba Lehmeier); 5. Maphodie G-moll von J. Brahms (Herr Oskar Umer); 6. Konzert Es-dur, 1. Satz von W. A. Mozart (Fräulein Gertr. Weder). Das nächste Vorpiel (Vorbereitungsclassen) findet Montag, den 29. Januar, Abends halb 7 Uhr, im Konzertsaal der Anstalt statt.

— Welches Werk von Richard Wagner halten Sie für das beste? Auf diese Frage, die Hugo Lornich

in Tracht hat ersehen lassen, hat er folgende Antworten bekannt Musiker und Musikwissenschaftler erhalten und diese legt in einem Buch mit obigem Titel veröffentlicht. (Preis 1 Mark 50 Pf.) Mit überaus gelungener Klarheit haben sich die verschiedenen Richtungen angehörigen Befragten für die „Meisterjänger“ erklärt. Das Ergebnis wird wohl vielfach, namentlich unter den Laien, überraschen. An zweiter Stelle in der Abwägung kommt „Tristan und Isolde“, die wiederholt mit den „Meisterjängern“ zusammen genannt wird. Nur ganz vereinzelt werden „Lohengrin“ und „Tannhäuser“ genannt. So schreibt z. B. Weingartner: „Von den Jugendwerken der Tannhäuser“, von den späteren die „Meisterjänger“. Der „Ring des Nibelungen“ und ihm die „Waldhüter“, die das Publikum im Theaterbezug zweifellos bevorzugt, hat bei dieser Konkurrenz nur gar wenige Stimmen auf sich vereinigt, darunter namentlich die der Italiener.

— Fritz Hofmann's Nordpol-Expedition. Der erste Band des großen in englischer Sprache geschriebenen wissenschaftlichen Berichtes über Fritz Hofmann's Nordpol-Expedition wird nächsten Monat in Christiania erscheinen. Es ist ein stattlicher Band von 500 Seiten mit 50 großen Tafeln versehen. Der ganze Bericht, der 5 bis 6 ähnliche Bände umfaßt, wird in längstens drei Jahren beendet sein. Der erste Band enthält fünf Artikel von Hofmann, Professor Nathorst, Colin Archer, Professor Collet und Professor Sars.

— Verschiedenes. Robert Koch hat am 12. Dez. Vatavia verlassen und sich nach Deutsch-Neu-Guinea begeben, wo er behufs Fortsetzung und praktischer Verwertung seiner Malaria-Untersuchungen längeren Aufenthalt zu nehmen gedenkt. — Am 22. Januar starb in Venedig im hohen Alter von 90 Jahren der Volksrecht Senator Ferrarini, früherer Herausgeber der „Biblioteca degli Economisti“ und Finanzminister im Kabinett Mazzini (1867). Als Verdienst wird ihm angezählt, daß er rastlos für das Studium der Volkswirtschaft in Italien wirkte; auch ist ihm die Gründung der Handelsschule in Venedig zu danken.

sich kein Antrag anreihen dürfe; so verlangt es die Geschäftsordnung, und er war darauf gefasst, daß das Haus in eine Besprechung eintreten werde, und hätte dann jede Auskunft gegeben. Zwischen den Erhebungen über Streifenausstellungen und der Zuchtanstalt vorlagte selber ist ein großer Unterschied. Legterer stimmte die badische Regierung nur deshalb zu, weil sie die meisten anderen Staaten für notwendig hielten, und zwar im Interesse des Reiches, denen gegenüber die Interessen der Einzelstaaten öfter zurücktreten müssen. Wenn Ged. sagte, Preußen hätte sich selber ein solches Gesetz schaffen sollen, wenn es dasselbe brauche, so verzeihe er, daß wir ein deutsches Reich haben, und daß unsere Reichs- und Arbeitergesetzgebung für's ganze Reich eine gemeinsame ist. Eine Ausnahmeordnung gegen die sozialistischen Versammlungen und Vereine besteht nicht, die Regierung hat das Recht, alle solche Versammlungen polizeilich überwachen zu lassen, und wo sie das nicht für nötig hält, kann sie auch davon absehen. Ihm wäre es am liebsten, diese Überwachung könnte ganz wegfallen. Zugestehen müßte er, daß in neuerer Zeit auch die sozialistischen Versammlungen meistens einen ruhigen und geordneten Verlauf nehmen, daß es selten mehr zu Belästigungen kommt, und er hoffe, daß dieser Zustand anhalte, und so nach und nach die Überwachung ganz wegfallen kann.

Abg. Wilkens will konstatieren, daß das badische Volk in seiner Mehrheit hinsichtlich der Flottenpolitik auf dem Standpunkt Ged.'s nicht steht; Deutschland müsse auch zu See stark sein und ein scharfes Schwert besitzen; die letzten Tage erst hätten den Beweis dafür geliefert. Redner begründet sodann den Ausschluß auf dem Gebiete der Staatsbahn, wünscht aber für Heidelberg einen besseren Güterbahnhof, wünschend einen ganz neuen Bahnhof, einen Unterbahnhof, wie er jetzt in Basel errichtet worden soll. Die Übernahme der Wittwenkassenbeiträge durch den Staat, und zwar für Beamte und Volksschullehrer, sei ihm sehr unpopulär; ebenso befürworte er die Erhöhung des Wohnungsgeldes. Die Mietpreise in den Städten und in den Dörfern sind sehr gestiegen; das Wohnungsgeld reicht meistens nicht hin. Dasselbe soll allerdings nur ein Zuschuß sein, allein auch als solcher ist es zu niedrig. Wenn es bis zur allgemeinen Revision des Gehaltsstandes noch lange geht, sollten doch einige Abzugsabgaben in der Form gemacht werden, daß das Wohnungsgeld erhöhe und das Wittwengeld besteige; damit dürfte nicht mehr lange zugewartet werden. Der Gehaltsstand sollte mehr vereinigt werden; es sind der Unterabteilungen zu viele; die Unterschiede sind oft gar nicht begründet. Eine „volle Sättigung“ der Beamten scheint ihm allerdings sehr fraglich. Man solle in den jetzigen günstigen Zeiten aber nicht allein an die Beamten denken, sondern auch an andere Bedürfnisse, z. B. an die Landwirthschaft. Diese Veränderte Lage, doch verzeihe er sich von der Landesbank nicht viel; sie wäre eben auch von der allgemeinen Gelage abhängig. Die mehrerlei eine volle Verstaatlichung der Hagelversicherung, ohne Versicherungsbeitrag, und das sollte möglichst bald geschehen. Notwendig gehört dazu ein großer Fond, der wünschenswert über eine Million hinausgehen und außerdem periodisch weiter dotiert wird. Dann werden wir bald in der Lage sein, die Hagelversicherung zu verstaatlichen. Die Kreislotterie ist zu erhöhen; die Ausgaben der Kreise wachsen fortgesetzt. Es freue ihn, daß sich der Minister zu höheren Zustufen bereit erklärt habe; auch zur Unterhaltung ärmerer Gemeinden, bei Schul- und Brückenbauten scheine die Positionen etwas zu niedrig gegriffen zu sein, obwohl sie gegen früher erhöht wurden. Er freue sich, daß über diese Dinge immer gewissermaßen völlige Einigkeit im Hause besteht, abgesehen von kleineren Details. Und er glaube auch, in politischen Dingen sind wir nicht so weit voneinander; hinsichtlich der Zuchtanstalt habe die liberale Partei darüber gar keine Zweifel gefaßt und wenn die Regierung doch für die Vorlage stimmte, so ist ihr das nicht so arg über zu nehmen, sie hat vielleicht geglaubt, der Reichstag wird die Sache schon richtig stellen, wenn's zur Kommissionsberatung kommt. Und hinsichtlich der Wahlreform ist zu erwähnen, daß ja auch die liberale Partei die direkte Wahl will, weil sich das indirekte Wahlsystem tatsächlich überlebt hat. Er wünsche allerdings das bisherige Parteigebilde der Städte aufrecht zu erhalten, und für die 5 größten Städte würde er vorschlagen, daß zu der direkten Wahl noch einige Ergänzungen kämen, durch Abgeordnete, die von den Bürgerausschüssen gewählt werden, nächsten trete ja die Verfassungscommission zusammen, wo sich weiter darüber reden ließe. Für heute konstatire er, daß die bisherige Debatte zeigt, daß es wohl möglich ist, daß die Parteien nebeneinander und mit der Regierung friedlich und ernstlich arbeiten können.

Morgen früh halb 10 Uhr Fortsetzung.

Karlsruhe, 26. Januar.
22. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.
Präsident Günner eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr. Am Regierungstisch: Sammtliche Minister.
Ginläufe: Petition des Vereins reisender Schausteller, die Behandlung seiner Mitglieder auf der Karlsruher Messe betr.
Fortsetzung der Finanzdebatte.
Abg. Eder freut sich, daß die Wohnungsgelder erhöht werden sollen; in seiner Gegend sei das sehr nötig. Vom Zuschüssen der Straßenunterhaltung solle man abgehen und ganz das Decksystem anwenden; das wäre billiger und besser für die Straßen. Die Landwirthschaft ist zu unterstützen. Auf der Speyer-Heidelbergbahn sollte man mit Motorwagen fahren. Der wirthschaftliche Aufschwung ist allgemein; aber arbeiten müssen alle Stände; da heißt es nicht rasten und nicht rosten! Redner spricht sich zum Schluß für das direkte Wahlrecht aus; dasselbe werde namentlich in seiner Gegend verlangt.

Abg. Blankenhorn empfiehlt zunächst die Einführung von Dampfmaschinen und Wägen in Badenweiler; es liege eine Petition in der Sache vor. Die Ausbesserung des Oberreinkanal empfing sich sehr; es wurde bereits eine Untersuchungskommission eingesetzt, deren Erhebungen bis zu einem gewissen Grade geblieben sind und sehr günstige Resultate geliefert haben, welche beweisen, daß der Kanal von großem Werthe für die ganze Gegend sein werde. Man solle auch weitere Mittel zur Verfügung stellen, damit eventuell schon in zwei Jahren mit fertigen Plänen an die Kammer getreten werden könne. Die Verteilung der Fleisch- und Weizenpreise wäre ihm sympathisch, doch gebe er zu, daß dies während der allgemeinen Steuerreform nicht geht. In Dessen soll übrigens letztere ohne Weizensteuer durchgeführt werden. Er hoffe, daß unsere Steuer-

reform, obwohl es nicht beabsichtigt ist, doch eine größere Steuereinnahme zur Folge hat, wie das beispielsweise bei der Biersteuer der Fall war. Dann sei vielleicht der Zeitpunkt gekommen, auch bei uns die genannte Accise fallen zu lassen. Kammerweine werden heute allerdings nicht mehr fabriziert; die Fabrikanten liefern nun aber vom Ausland den Kammerwein nach Baden, z. B. aus dem Elsaß. Dieser Kammerwein macht unserem Naturwein große Konkurrenz, und die Fabrikanten gehen ins Verderben; wir sind also über daran, als zuvor. Gelsen könne nur ein Reichs-Kammerweingeseß; ein solches ist aber nicht zu verlangen, also müssen wir uns anders helfen. Schwache Kontrolle und Deklarationszwang genügen jedoch nicht, denn erstere sei außerordentlich schwer. Ein Antrag ging dahin, dem Kammerwein durch Zusatz einer bestimmten Flüssigkeit eine bestimmte blaue Farbe zu geben, doch dieser Antrag fand keine Annahme. Ein völliges Verbot des Kammerweines wäre wohl das einzig Richtige, das gegen alle nachhinkende Kreise zu, und er glaube und hoffe, daß dieses Verbot zu erreichen ist; freilich spiele da auch die Frage der Weinverbesserung und Weinvermehrung mit. Ein neues Weingeseß ist sehr nötig und er hoffe, daß es bald dem Reichstag zugeht. Vielleicht könne die badische Regierung in dieser Richtung etwas thun. Wenn das neue Geseß auch nicht allen Wünschen der Weinbergbesitzer entspricht, in der Reichstagskommission kann es ja noch verbessert werden, und zweifellos wird es dann günstiger wirken als das alte Geseß. Legterer sei ungenügend; erlaube sich doch eine Pflanzfirma schon im August neuen Wein zu bestimmen. Er habe auch Quantitäten anzufließen, also zu einer Zeit, wo die Trauben noch nicht einmal reifen, das deutet doch sehr auf Weinmischererei hin; eine andere Firma empfahl sogar gutes, reines Quellwasser zur Weinverbesserung. Wenn das öffentlich gesehen kann, dann muß das bestehende Geseß gewiß ungenügend sein. Wenn die sozialistischen Vertreter Hamburgs gegen die Flottenvorlage stimmen und diese dadurch abgelehnt würde, so würde das Hamburg nicht nützen, sondern Schaden; das sage er Ged. und füge bei, daß auch in Baden die Flottenpolitik sehr populär ist. Handel und Industrie kommen auch den Arbeitern zu gut. Er zweifle nicht daran, daß die Flottenvorlage angenommen werde; davon überzeugt er sich hier in einer Flottenversammlung. Die Entscheidung liegt beim Centrum, das sich davon überzeugt hat, daß seine Zustimmung zur letzten Flottenvorlage ihm nicht geschadet, sondern ihm genützt hat, wie die letzten Reichstagswahlen zeigten, und darum glaube er, daß die neue Vorlage ebenfalls angenommen wird.

Abg. Heimbürger glaubt, wenn sich die Regierung dazu entschleße, die direkte Wahl einzuführen, wäre sofort die verfassungsmäßige Mehrheit der Kammer da. Auf dem letzten Landtag war es die Regierung selbst, welche diese Mehrheit verhinderte, indem sie die National-liberalen abspenstig machte. Eine Verfassungsänderung, wie sie der Staatsminister empfahl, sei gewiß sehr schön, allein unsere Anträge enthalten bereits eine solche Mittelmaß, während das, was die Regierung vorschlägt, viel reaktionärer wäre, als das gegenwärtige indirekte Wahlrecht. Die Frierische Argumentation, nach dem direkten Wahlrecht komme noch mehr, das Frauenwahlrecht und Referendum zc. sei hinlänglich; die Kammer habe es immer wieder in der Hand, weitergehende Anträge abzulehnen. Mit demselben Recht könne man also auch Frier auf seine Flottenrede entgegenhalten, hinter dieser Forderung stehe noch eine 2, 3 ja 10 Mal größere Flotte und schließlich noch eine Zuffballonflotte. (Gelächter.) In den von der Regierung geäußerten Grenzen darf die Kammer auch zu Reichstagen ihre Meinung sagen; sie kann zwar nichts beschließen, aber Kritik kann sie üben und wenn sie dabei als quantitas negligeable angesehen werde, so entpreche das nicht dem Geiste der Verfassung. Uebbrigens werden Reichstagsbeschlüsse hier nicht kritisiert; das sei Niemand ein. Nur das Verhalten unseres Bundesratsgelehrten wurde kritisiert, und dazu hat der Landtag das Recht, das entspricht durchaus dem Bundesratsverhältnis des Reiches und darum hat auch sowohl die bayerische wie die württembergische Regierung berechtigt Kritik zu geben. Selbst Bismarck bezeichnete es sogar als unehrerwürdig, daß die Regierungen der Einzelstaaten Reichstagen auch mit ihren Landtagen besprechen. Und Bismarck sei wohl eine größere Autorität wie das von Minister von Brauer angeführte „Berliner Tagblatt“. Wäre der Minister konsequent, dann müßte er auch der Disziplin der Flottenvorlage seitens des Abg. Frier entgegenzutreten. Er wolle auf letztere nicht näher eingehen, bitte aber doch, daß auf die Deputationsfrage die nötige Rücksicht genommen wird, und daß es nicht bloß verprochen, sondern auch gehalten wird, daß die Listen auf die starken Schultern gelegt werden. In Militärfragen wurde das schon oft verprochen, bis jetzt aber nicht gehalten. Auch er trete für eine höhere Dotation der Kreise ein, die viele Aufgaben zu lösen haben; die Verbesserung der Staatsfragen werde auch eine Verbesserung der Kreisfragen nach sich ziehen und den Kreisen erhöhte Ausgaben verursachen. Die Erhöhung von Wohnungsgeldern und der Verteilung der Wittwenbeiträge trete er bei, die Mehrangabe von 5 bis 7 Millionen müsse nicht abgelehnt werden, er wolle gleich beistimmen, wenn die Beamten aufgebessert werden, müssen auch die Lehrergehälter erhöht werden; angeht die günstigen Finanzlage hätten die Leberangabebestimmungen für die Lehrer besser gestaltet werden sollen. Die Lehrer werden mit ihren berechtigten Forderungen schon kommen, um entweder ganz in's Beamtengeleise übernommen zu werden, oder den Beamten mit gleicher Vorbildung gleichgestellt zu werden. Da die allgemeine Revision des Gehaltsstandes voranschritt noch lange auf sich warten lasse, sei er doch für Abschlagszahlungen.
(Schluß folgt.)

Kleine badische Chronik.
Grünwinkel, 26. Jan. Die Generalversammlung des Kirchenbauvereins findet Sonntag Nachmittag halb 4 Uhr in der Turnhalle dahier statt. Die Rathkolle der Gemeinde werden hierzu freundlich eingeladen. — Der katholische Männer- und Arbeiterverein hält die hundertjährige Generalversammlung am gleichen Tag Nachmittags halb 5 Uhr im Gasthaus zum „Süß“ ab. Tagesordnung: Rechnungsablage und Renewal des Vorstandes. Man erwidert um vollständige Erscheinung.
Karlsruhe, 26. Jan. Ihre königliche Hoheit die Großherzogin haben im Einverständnis mit Ihrer königlichen Hoheit dem Großherzog an Gnadigen geruht, das früherer Besitzer eines Manufakturwarens- und Dampfkesselfabrikgeschäftes, Kaufmann Justus Bacharach in Wiesbaden, seiner Zeit vertretene Präbital-Gesellschaft über königlichen Hoheit auf dessen Söhne, die Kaufleute Karl

und Sally Bacharach in Wiesbaden, für die Dauer der Fortführung des Geschäftes ihres Vaters, deren Ansuchen entsprechend, zu liberalisieren.

Mannheim, 24. Jan. Der vom hiesigen Schwurgericht zum Tode verurtheilte Ludwig Bink, der in Unterhesseln ein Kind in bestialischer Weise ermordete, hat gegen das Urtheil beim Reichsgericht Revision eingelegt, offenbar nur, um Zeit zu gewinnen. Wenn die Revision, was zweifellos ist, verworfen wird, hofft Bink auf Begnadigung.

Mannheim, 25. Jan. Zum Direktor der hiesigen Oberrealsschule ist Herr Direktor Hermann Mose aus Freiburg ernannt worden.

Freiburg, 24. Jan. Die Bierbrauerei und Gastwirthschaft zur „Krone“ kommt Inventar ist durch Kauf in den Besitz der Bärenbrauerei, Benammlister von Schwanningen, übergegangen. Der Kaufpreis beträgt 75,000 Mark.

Freiburg, 24. Jan. In Freiburg ereignete sich ein bedauerlicher Unglücksfall, dem leider ein junges Menschenleben zum Opfer fiel. Im Sägewerk des Herrn Zimmermeisters King waren zwei Arbeiter mit einer Reparatur am Wasserrad beschäftigt. Der eine, 18 Jahre alt, stieg auf das Rad, das in Bewegung kam, wobei derselbe herabfiel und unten erdrückt wurde. Er konnte nur als Leiche hervorgebracht werden.

Wöhrenbach, 24. Jan. Bei der gestern stattgefundenen Gemeinderathssitzung wurde für das verstorbenen Mitglied Schwegel als Ergänzung Herr Josef Dold mit 20 Stimmen gewählt. Herr Drechsler A. Kantenack erhielt 19 Stimmen.

Lothales.
Karlsruhe, 26. Januar.

W. „Fidelitas“. Neulich sprach ein katholischer Kaufmannlicher Herr Vorbach über den „Atheismus in Sage und Geschichte des deutschen Volkes“, und der Atheismus habe auch auf die Mitglieder seinen Faßer ausgeübt, denn das Verbot der Bier- und Weinsteuer sei ein Beweis dafür, daß der Staat nicht mehr an der Religion festhalte. Wir gewandter Beobachter zeichnete Redner das Vorwort schon der Germanen freit, an dessen Ufern sich die wichtigsten Ereignisse des Mittelalters abgespielt haben, und der jetzt, nachdem das deutsche Volk die Grenze überschritten hat, nicht mehr Deutschlands Grenze, sondern wieder Deutschlands Strom ist und fließt. In seinen Ufern spiegelt sich der Kaiserthron zu Speyer, die alte Reichsstadt Worms, an seinem Ufer entsand die große Gründung der Menschheit, die Währungsreform, von seinen Bergen grüßt heute die heilige Germania und ihn umfließt die Stadt mit dem ewigen Dom. Trist er dann hinaus aus Deutschlands Gefilden, so scheint er zu schlafen und zu träumen von all dem Wunderbaren, das er gesehen: von zerfallenen Burgen und blühenden Städten, von deutschen Feldern und von deutschen Kaiser. — Sein Wunder, wenn es in der „Fidelitas“ als Einleitung der darauffolgenden Kaiserfeier mit Macht aus jeder Brust erschallt: „Du Atheismus bleibst deutsch wie meine Brust!“ und wenn der Festredner mit stürmischer Begeisterung begrüßt wurde, als er Wilhelm II. als mächtigen Schirmherrn des deutschen Volkes und der deutschen Einheit pries. Der deutsche Katholik steht sehr zu seinem Kaiser; sehr ist er zu ihm getrieben auch damals, als er schwer für seine Ehre kämpfen mußte, als seine Hüter verlor, seine Feinde verbannt und er selbst als Reichsfeind angesehen wurde; und tren bis zum Tode wird er zu ihm stehen in Freud und Leid, denn seine Begeisterung wurzelt tief in seinem Herzen, sie wurzelt in seiner Religion.

Die Abhaltung des Kaiserfestes wurde den vereinigten Korporationen der Technischen Hochschule von Rektor und Senat unterzogen, weil die Veranstalter auch diesmal wieder die katholischen Verbindungen von Sommerausflügen zurückholten. Wir behalten uns vor, auf die Angelegenheit zurückzukommen, sobald dieselbe völlig geklärt ist.

Badener in America. In New-York starb am 12. d. M. der Präsident der Deutschen Sparbank, eines der größten derartigen Institute des Landes, Philipp Wiffinger, im Alter von 72 Jahren. Er war in dem badischen Frieden-Friedlingen geboren und kam im Jahre 1849 nach America.

Erzählung. Wie die „Bad. Presse“ berichtet, hat sich am 5. d. M. Abends 5 Uhr der Kaufmann Heinrich Wefel, 41 Jahre alt, aus seiner Wohnung von hier entfernt und ist nicht mehr zurückgekommen. Da sein Mantel, Hock und Hüte am Rhein in Maxau gefunden wurden, wird angenommen, daß Wefel in geistesmüdem Zustand in den Rhein gegangen und ertrunken ist. Die Leiche wurde indessen noch nicht gefunden.

8 Jugoverbündnisse. Gestern Abend kurz nach 6 Uhr entlegte auf der Station Menschen ein Wagen des Stierzugs 620, wodurch die Strecke auf kurze Zeit gesperrt war und der Schnellzug Vögel-Frankfurt, welcher 7 Uhr 25 Minuten hier eintreffen sollte, mit 45 Minuten Verspätung hier ankam.

Diebstähle. Einem in der Leopoldstraße wohnenden Baugewerkschüler aus Wülfrath wurde am 22. d. M. in der Baugewerkschule in der Hofstraße in unverschlossenen Garderobekasten aus seinem Leberzieher ein Weissegg im Werthe von 25 Mark entwendet. — In der Nacht vom 12./13. und vom 18./19. d. wurde der Keller einer Wittve in der Waldhornstraße gewaltsam geöffnet und daraus verschüttete Weine im Gesamtwerte von 32 Mark entwendet.

Unterhaltungen. Ein Arbeiter aus Ungarn wurde am 22. d. M. von seinem Arbeitgeber in der Fischerstraße mit 10 Mk. auf das Steueramt geschickt, um dort Revis zu zahlen; derselbe hat jedoch den Auftrag nicht ausgeführt und ist mit dem Geld verschwunden. — Im August v. Js. erhielt ein Tagelöhner aus Nagelsberg von seinem damaligen Arbeitgeber in Hagsfeld 22 Mk. bar, um damit eine Rechnung in Karlsruhe zu zahlen, und hat auch die quittirte Rechnung damals zurück gebracht. Vor einigen Tagen erhielt nun der Schuldner von dem Gläubiger nochmals eine Rechnung über die 22 Mk., konnte jedoch die quittirte Rechnung vorseigen, wobei sich herausstellte, daß der Tagelöhner die 22 Mk. unterschlagen und die Quittung auf der Rechnung gefälscht hatte. Derselbe ist inzwischen hier in Arbeit getreten, aber wieder entlassen und hierauf wegen Urkundenfälschung und Unterschlagung verhaftet worden.

Aus dem Gerichtssaal.
Karlsruhe, 26. Januar.

E. Strafkammer. Sitzung der Strafkammer III. Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Darr. Vertreter der Vorrichtung: Staatsanwaltschaft: Staatsanwalt Diller.
1. Von der Anklage wegen Verleumdung wurde Elisabetha Lepy, geb. König, aus Weingarten freigesprochen.
2. Wegen Gefährdung eines Eisenbahntransports hatten sich der 28 Jahre alte Eisenbahnassistent Friedrich Schmidt aus Neustadt und der 44 Jahre alte Zugführer Franz Wolf aus Wülfrath zu verantworten. Die beiden Angeklagten, welche bei der Altbahn angehalten sind, waren beschuldigt, am 9. August v. Js. in der Station Wulfrath beim Mandieren gegen die beherrschende Vorrichtung verfahren zu sein, wodurch zwei Leere abgekuppelte Güterwagen in Folge des starken Gefälles davonrollten und den um 7 Uhr 31 Min. in der Station Ettlingen eintreffenden Zug 6 gefährdeten. Von einem Verbrechen des Schmidt konnte der Gerichtshof sich nicht überzeugen; er sprach deshalb diesen Angeklagten frei. Wolf wurde zu einer Geldstrafe von 30 Mark verurtheilt.

3. Die Anklage gegen Josef Gleichauf aus Baden wegen Falschens und Fleischtsteuerhinterziehung kam nicht zur Verhandlung.
4. Die Verurteilung des Oxyers Josef Kary aus Durrersheim, den das Schöffengericht Ettlingen wegen Verleumdung

mit 1 Woche Gefängniß bestraft hatte, wurde als unbedeutend verworfen.

5. Der schon mehrfach bestrafte Tagelöhner Wilhelm Heinrich Sengel aus Gernsbach, der Mitte Juni v. Js. der Ehefrau Mollach in Hörden den Geldebetrag von 1 M. 50 Pf. abschwanderte erhielt wegen Betrags 3 Monate Gefängniß.

6. Das Schöffengericht Rastatt hatte in seiner Sitzung vom 24. November gegen den Barbier und Antreiber Paul Hugo Weichel aus Ruda, wohnhaft in Durrersheim, wegen Verleumdung eine Gefängnißstrafe von 14 Tagen ausgesprochen. Derselbe rief gegen dieses Urtheil die Entscheidung der Strafkammer an, die aber seine Berufung als unbedeutend zurückwies.

E. Strafkammer. Sitzung der Strafkammer I. vom 25. Januar. Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Freyher von Mdt. Vertreter der Vorrichtung: Staatsanwalt Diller. 1. Die Anklage gegen den Mechaniker Julius Richard Walter Schmidt von hier wegen Verleumdung gelangte nicht zur Verhandlung.
2. Einem gefährlichen Betrüger, der in der Periode des schon vierzehnjährig vorbestraften 33 Jahre alten Manners Ludwig Merkel aus Balg vor der Strafkammer stand, wurde für längere Zeit das Handwerk geigt. Merkel ist ein arbeitsloser Mensch, der es verstanden hat, viele Monate von Schwimbel zu leben. Er hielt sich abwechselnd in Gernsbach, in Straßburg oder in Baden auf. Hier hatte er ein dienftmäßigen Namens Karoline Müller aus Gernsbach kennen gelernt, bei der er sich als Bautechniker ausgab und auf das er, durch sein Benehmen und Uebeln einen solchen Eindruck machte, daß es sich nicht nur mit ihm verlor, sondern ihm auch eine Generalvollmacht anstellte, was welcher er von dem nicht unbekanntem bei der Sparkasse angelegten Vermögen der Müller beliebige Summe erheben konnte. Merkel machte von diesem Rechte ausgiebigen Gebrauch und er ließ sich von der Sparkasse die Beträge von 200, 800 und 500 Mark ausgeben. Mit diesem Gelde sollte in Balg ein Haus erbaut werden, in das das Brauwar nach seiner Verheirathung einzuziehen sollte. Mit einem Theile des erbobenen Geldes kaufte Merkel Weider, 400 Mark er beschleht er für sich und verwendete sie in seinem Ruzen. Als er sah, daß sein betrügerisches Treiben entdeckt war und seine Braut sich von ihm zurückzog, veränderte er bei der Sparkasse nochmals 1000 Mark zu holen, um damit flüchtig zu gehen. Es gelang ihm dies aber nicht, da die Müller ihre Vollmacht durch den Notar hatte widerrufen lassen. In Merkel reifte nun der Entschluß, nach Transalpa zu gehen und in die Burenarmee einzutreten. Ehe er jedoch diesen Plan ausführen konnte, wurde er verhaftet und heute wegen Betrags, Verurtheilung und Unterschlagung zu 2 Jahren Gefängniß und 3 Jahren Ehrverlust verurtheilt.

3. Die Anklage gegen Karl Weidig von hier und Genossen wegen Körperverletzung wurde verurteilt.
4. Der schon sehr oft vorbestrafte Mannerepoit Marcus Weid aus Dapfanden, hier wohnhaft, hatte sich wegen zwei gegen ihn erhobene Anklagen, von denen die eine auf Urkundenfälschung, die andere auf Betrag lautete, zu verantworten. Der Gerichtshof erkannte gegen den Angeklagten auf eine Gefängnißstrafe von 2 1/2 Jahren und 3 Monaten Ehrverlust und 5 Jahren Ehrverlust.

5. Der letzte Fall war eine Verurteilung. Bezüglich dieser erging folgendes Urtheil: Steinbrüder Leopold Friedrich Berling aus Wülfrath 2 Monate und Fabrikarbeiter Eduard Steffan aus Hilsheim 3 Wochen Gefängniß wegen Körperverletzung.

E. Schöffengericht vom 25. Januar. Vorsitzender: Oberamtsrichter M. Heine. Es wurden nachstehende Urtheile erlassen: Witwe Rosine Kehler von hier wegen Diebstahls 4 Wochen Gefängniß. Schlosser Theodor Süber von hier wegen Körperverletzung 1 Woche Gefängniß. Keller Adolf Haller hier wegen Diebstahls 1 Woche Gefängniß. Kaufmann Johann Kichte aus Oberlautenbach wegen Unterschlagung 14 Tage Gefängniß. Tagelöhner Ludwig Adolf M. aus Gernsbach wegen Hausfriedensbruchs und Schöffenschuldung 24 Tage Gefängniß. Schneider Karl Greiner von hier wegen Verletzung 12 M. Geldstrafe. Maschinenarbeiter Jakob Friedrich Schnapfberger aus Heidenheim wegen Unterschlagung 8 Wochen Gefängniß. Tagelöhner Johann Ruf aus Kauting wegen Aufbebung und Verleumdung 8 Tage Haft. Schriftföhrer Friedrich Gerhardt aus Hagsfeld wegen Körperverletzung 2 Monate Gefängniß. Tagelöhner Franz Schneider aus Mannheim und Ausläufer Karl Friedrich Springer hier je 1 Woche Gefängniß wegen Diebstahls. Sanjcher Sebastian Mier aus Gallingen wegen Unterschlagung, Betrags und falscher Namensangabe 8 Wochen Gefängniß und 1 Woche Haft. Vater Verthold Teimling aus Münden wegen Erregung öffentlichen Aergernisses 1 Woche Gefängniß. Artill Peter Dörf aus Mainz wegen Sachbeschädigung und Betrags 14 Tage Gefängniß. Steinmetz Peter Müller aus Pflittersdorf wegen Betrags 5 Wochen Gefängniß. Schlosser Emil Adolf Reuling von hier wegen Unterschlagung 2 Monate Gefängniß. Tagelöhner Wilhelm Fretz aus Kintlingen 5 Wochen und Tagelöhner Julius Nagel aus Nienheim 3 Wochen Gefängniß wegen Betrags. Schmidt Jakob Neiz hier wegen Körperverletzung 30 Mark Geldstrafe. Tagelöhner Ludwig Schent aus Stein wegen Betrags 4 Wochen Haft und Ueberweisung an die Landespolizeibehörde. Metzger Gottlob Bloch hier wegen Diebstahls 2 Wochen Gefängniß. Ehefrau Elise Kall hier wegen Betrags 7 Wochen Gefängniß. Tagelöhner Otto Kaser aus Grünwinkel wegen Unterschlagung 3 Wochen Gefängniß.

Freiburg, 25. Jan. Das hiesige Schwurgericht verurtheilte gestern den Schuhmacher Billy aus Weisbach, welcher i. J. in Badenweiler Margareten 2 Damen überfallen hatte, zu lebenslänglichem Zuchthaus.

Vermischte Nachrichten.

Berlin, 24. Jan. Heute Nacht entgleitete auf der Station Schönhauser Allee der Berliner Ringbahn ein Güterzug aus noch nicht angegebener Ursache. Der Feiger wurde getödtet, der Lokomotivführer, ein Padmeister und ein Bremser schwer verletzt. Die Lokomotive und mehrere Wagen wurden völlig zertrümmert.

Ruhrort, 23. Jan. Der Wasserstand steigt weiter und erreicht jetzt eine Höhe von 5,80 Meter. Die Abführung am Kaiserberg ist noch weiter abgeräumt. Das Erbreich droht weiter abzunutzen.

Bliskhofen (Wahrn), 24. Jan. Gestern früh wurden in einem nahegelegenen Steindruche drei verheiratete Arbeiter verhaftet und konnten erst nach angelegter Tätigkeit an das Tagelohnt gefördert werden. Alle drei waren bereits todt.

Ermerstheim, 25. Januar. Die 59 Jahre alte Wittve Caron geb. Morrlus von hier stürzte sich heute Morgen nach 9 Uhr unterhalb der Militärdrummschne in den Rhein. Die Leiche ist noch nicht gelandet.

Wien, 24. Jan. Der „N. Fr. Pr.“ wird aus Nernberg gemeldet: Der Direktor der galizischen Vorhubsbahn Franz Kuczynski hat sich in Keszow wegen möglicher Vermögensverhältnisse erschossen. Das Revolutionsomitee der Bank erklärt, daß die Bücher in Ordnung seien.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz.

London, 26. Januar. Nach der „Daily Mail“ ist General Woodgate an seiner Verletzung gestorben, die er bei dem Sturm auf den Epionstop erhalten hatte.

London, 25. Jan. Der „Daily Mail“ wird jetzt aus Kiffabon gemeldet, daß beim Durchzug der Buren von Umballa nach Rhodesia die portugiesischen Behörden dort wenig oder gar keine Hindernisse in den Weg legten. Der Druck der Neu-

